

Geschäftszahl:
BMKÖS-2021-0.880.121

2/4.1

Zur Veröffentlichung bestimmt

Vortrag an den Ministerrat

Tagung des Rates für Bildung, Jugend, Kultur und Sport in Brüssel am 29./30. November 2021

Am 29./30. November 2021 fand in Brüssel die 3734. Tagung des Rates Bildung, Jugend, Kultur und Sport statt.

Die österreichische Delegation im Rat Bildung und im Rat Jugend wurde von Gesandten MMag. Gregor Schusterschitz geleitet. Beim Rat Kultur und Audiovisuelles sowie beim Rat Sport war Österreich durch Staatssekretärin Mag.^a Andrea Mayer vertreten.

Den Vorsitz führte die slowenische Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Sport Simona Kustec und der slowenische Kulturminister Vasko Simoniti. Die Europäische Kommission war durch Kommissarin Mariya Gabriel vertreten.

Zu den Tagesordnungspunkten wird wie folgt berichtet:

Tagung des Rates – Teil Bildung

- Der Rat nahm die Empfehlung zum Blended Learning für eine hochwertige und inklusive Primar- und Sekundarschulbildung an. Die Empfehlung berücksichtigt die Erfahrungen aus der COVID-19-Pandemie und sieht die Entwicklung von langfristigen strategischen Ansätzen zum Blended Learning in den Mitgliedsstaaten vor.
- Im Anschluss nahm der Rat die EntschlieÙung zu einer neuen europäischen Agenda für die Erwachsenenbildung 2021 - 2030 an. Das übergeordnete Ziel der neuen europäischen Agenda für die Erwachsenenbildung besteht darin, das Angebot, die

Förderung und die Inanspruchnahme von formalen, nicht-formalen und informellen Lernmöglichkeiten für alle Menschen auszubauen und zu verbessern.

- Zudem nahm der Rat die EntschlieÙung zur Governance des strategischen Rahmens für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung mit Blick auf den europäischen Bildungsraum und darüber hinaus (2021 - 2030) an. Darin wird die Zusammenarbeit der unterschiedlichen formellen und informellen Gremien im Bildungsbereich beschrieben und die Schaffung einer informellen Koordinierungs- und Unterstützungsgruppe – des HLG Coordination Boards – angeregt.
- In der Orientierungsaussprache zum Thema „Digitale Bildung und Kompetenzen: Beitrag zum strukturierten Dialog“ wurden Maßnahmen diskutiert, wie digitale Bildung so früh wie möglich in der Primar- und Sekundarstufe verankert werden kann und welche Potentiale neue Technologien wie Künstliche Intelligenz (KI) im Bildungsbereich haben. Österreich erklärte dazu, einen kontinuierlichen Fokus auf digitale Bildung zu legen und „digitale Grundbildung“ bereits in der Primar- und Sekundarstufe I flächendeckend eingeführt zu haben - ab 2022 auch als Pflichtgegenstand. Hinsichtlich der Verwendung von KI-basierten Werkzeugen zur Unterstützung von Lehrenden und Lernenden wird ein verantwortungsvoller und pädagogisch/didaktisch sinnvoller Einsatz unterstützt. Österreich strich vier konkrete Anwendungsbereiche von KI im Bildungsbereich hervor: Smart Content, virtuelle Lernbegleitung, Analyse von Lerndaten und intelligente Nachhilfesysteme. Zudem müssen die Risiken der Nutzung von KI genau abgewogen werden und Grundrechte (z.B. Datenschutz) gewahrt bleiben.
- Unter den sonstigen Informationspunkten berichtete der Vorsitz über die aktuellen bildungspolitischen Maßnahmen der Mitgliedstaaten in Zusammenhang mit der COVID19 Pandemie und stellte die gemeinsame Erklärung der Bildungsminister:innen zur Lage der Frauen in Afghanistan in Bezug auf das Recht auf Bildung vor. Belgien und Litauen informierten über den Vertrag zur automatischen gegenseitigen Anerkennung von Hochschulqualifikationen, welcher zwischen den Benelux- und baltischen Staaten abgeschlossen wurde. Frankreich präsentierte das Arbeitsprogramm im Bildungsbereich für den Ratsvorsitz im ersten Halbjahr 2022.

Tagung des Rates – Teil Jugend

- Der Rat nahm die EntschlieÙung „zu den Ergebnissen des achten Konsultationszyklus im Rahmen des EU-Jugenddialogs“ einstimmig an. Das Ziel der EntschlieÙung ist es die

Ergebnisse den relevanten Stakeholdern bekanntzumachen und daraus mögliche Maßnahmen für die EU abzuleiten.

- Die Schlussfolgerungen zur „Umsetzung der EU-Jugendstrategie (2019-2021)“ wurden vom Rat angenommen. Das Ziel der Schlussfolgerungen ist es den Stand der Umsetzungen in Berichtsform bekanntzumachen.
- Der Rat nahm die Entschließung zum „Arbeitsplan für die EU-Jugendstrategie 2022-2024“ an, die den Fahrplan der nächsten zwei Triopräsidentschaften im Jugendbereich festlegt.
- Die Schlussfolgerungen „zur Gewährleistung und Schaffung eines bürgerlichen Raums für junge Menschen, der eine substantielle Teilhabe ermöglicht“ wurden vom Rat angenommen. Diese befassen sich mit der Stärkung von bürgerlichen Räumen zur Bewahrung der Teilhabe von Jugendlichen in allen Lebensbereichen der Mitgliedstaaten.
- In der anschließenden Orientierungsaussprache diskutierten die Vertreter:innen aus den Mitgliedstaaten zum Thema „Gewährleistung und Schaffung eines bürgerlichen Raums für junge Menschen, der eine substantielle Teilhabe ermöglicht“. Für Österreich hob Gesandter MMag. Gregor Schusterschitz den bewährten Austausch sowohl mit anderen Mitgliedstaaten als auch mit Jugendlichen hervor. Österreich präsentierte im September 82 konkrete Maßnahmen aus allen politischen Ressorts, die Lebensbereiche von Jugendlichen betreffen. Darunter seien ebenso Maßnahmen zum Schutz von Jugendlichen vor extremistischen Einflüssen als auch zur Förderung einer nachhaltigen und sicheren Mobilität von Kindern und Jugendlichen zu finden. Gesandter Schusterschitz betonte abschließend, dass das Europäische Jahr der Jugend 2022 eine zusätzliche Motivation zur Intensivierung der europäischen Zusammenarbeit darstelle.
- Kommissarin Mariya Gabriel betonte, dass es gerade zur Stärkung der Beteiligung von Jugendlichen auf EU-Ebene das Europäische Jahr der Jugend 2022 gäbe, welches von jungen Europäer:innen unbedingt genutzt werden sollte, um deren Interessen stärker in den Vordergrund zu stellen.
- Am Ende der Ratssitzung wurde erneut über die Auswirkungen der Covid-19 Pandemie auf die Jugend diskutiert. Diese Gruppe sei besonders stark gefährdet und es müssen gemeinsame Initiativen fortgesetzt werden, um die Konsequenzen abzuschwächen.
- Das Europäische Jugendforum berichtete über die Diskussion des informellen Frühstückstreffens mit Jugendlichen.
- Abschließend informierte Frankreich über allgemeine Prioritäten, spezifische Schwerpunkte und geplante Veranstaltungen während ihrer Ratspräsidentschaft. Es sind Ratsschlussfolgerungen zur Förderung von Engagement junger Menschen im

Bereich der Nachhaltigkeit und Ratsentschließung zur Mobilität von jungen Freiwilligen geplant.

Tagung des Rates – Teil Kultur und Audiovisuelle Medien

- Der Rat nahm „Schlussfolgerungen zu Kultur, hochwertiger Architektur und baulicher Umwelt als Schlüsselemente der Initiative Neues Europäisches Bauhaus“ an. Die Schlussfolgerungen heben hervor, dass nachhaltige Baukultur einen Ausgleich zwischen sozialen, ökonomischen, ökologischen und kulturellen Zielsetzungen sucht und einen holistischen, inklusiven, transdisziplinären sowie von Qualitätsstandards geprägten Ansatz umfasst. Außerdem wurden „Schlussfolgerungen zur Erhöhung der Verfügbarkeit und Wettbewerbsfähigkeit von europäischen audiovisuellen Inhalten und Medieninhalten“ gebilligt. Vor dem Hintergrund des sich verändernden europäischen Mediensektors sind die Schlussfolgerungen als Reaktion für horizontale und sektorale Maßnahmen zur Stärkung kultureller Vielfalt und Nachhaltigkeit sowie der Verbreitung und Hervorhebung europäischer Inhalte zu sehen.
- Die Orientierungsaussprache zum Thema „Kulturelles Erbe und Erbrechte im Kontext der nachhaltigen Entwicklung und der Zukunft Europas“ fokussierte auf die wirtschaftlichen, klimapolitischen und sozialen Zusammenhänge. Österreich hob hervor, dass Ökologie, Digitalisierung und soziale Nachhaltigkeit als wesentliche Eckpfeiler zu begreifen sind. Deswegen werden ökologische Sanierungsprojekte im Rahmen des nationalen Aufbau- und Resilienzplans (ARP) mit Schwerpunkt auf nachhaltige Baustoffe und dem Ziel der Reduktion von CO₂-Emissionen umgesetzt. Gleichfalls ist im ARP eine Digitalisierungsstrategie für das Kulturerbe vorgesehen, um die Zugänglichkeit zu verbessern und neues Publikum für eine neuartige Erlebbarkeit zu gewinnen. Hinsichtlich Nachhaltigkeit liegt der Fokus auf dem Sozialen und der Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Künstler:innen. Die drei Eckpfeiler sind aus Sicht Österreichs auch richtungsweisend für die Verhandlungen zum künftigen EU-Arbeitsplan für Kultur.
- Unter den zahlreichen Informationspunkten präsentierte die Europäische Kommission einen interaktiven und digitalen Förderführer für die Kultur- und Kreativsektoren. Portugal informierte außerdem über eine gesetzlich lancierte Initiative zum Status von Künstler:innen. Neben Irland und Deutschland berichtete Österreich bei diesem Informationspunkt über nationale Aktivitäten zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen von Künstler:innen und stellte den europäischen Kulturminister:innen den im Jahr 2020 initiierten Fairness-Prozess vor. Der Vorschlag Spaniens, ein Grünbuch zum Thema Kulturerbe und Nachhaltigkeit zu erstellen, wurde

von Griechenland und Portugal begrüßt. Rumänien regte für 2023 ein EU-Jahr der Resilienz durch Kultur an und erhielt dafür Unterstützung von Zypern, Griechenland und Spanien.

Tagung des Rates – Teil Sport

- Der Rat nahm die „EntschlieÙung zu den Schlüsselmerkmalen des europäischen Sportmodells“ an. Sport in Europa basiert auf dem fundamentalen Recht der Vereinsfreiheit, sowie auf bestimmten Werten wie Solidarität zwischen dem Spitzen- und Breitensport, Fairness, Integrität, Gender Equality und Good Governance. In Europa gibt es diverse Bedrohungen für den organisierten Sport. Die Mitgliedstaaten werden eingeladen, die wesentlichen Merkmale des Europäischen Sportmodells zu schützen (Vereinsfreiheit, pyramidaler Aufbau, offene Ligen, Solidarität) sowie Werte im Sport und in Sportorganisationen zu fördern (Demokratie, Transparenz, Integrität, Gender Equality etc.).
- Des Weiteren nahm der Rat die „Schlussfolgerungen zu lebenslanger körperlicher Aktivität“ an. Die körperliche Aktivität ist einer der wichtigsten und wirksamsten Faktoren für die Erhaltung der körperlichen und geistigen Gesundheit. Die Mitgliedstaaten werden unter anderem dazu eingeladen die lebenslange körperliche Aktivität der Bevölkerung weiter zu unterstützen sowie auch Initiativen und Kampagnen, welche die körperliche Aktivität, die Entwicklung von Monitoringsystemen und die Teilnahme aller am Sport fördern.
- Die Orientierungsaussprache fand zum Thema „Duale Karrieren von Sportler:innen“ statt. Nach einem Eingangsstatement von Rozle Prezelj, einem ehemaligen slowenischen Spitzen-Hochspringer, diskutierten Kommissarin Mariya Gabriel und die Sportminister:innen eingehend über (nationale) Modelle für die duale Karriere von jungen Athlet:innen, mögliche Folgeaktivitäten auf Ebene der EU sowie Ideen in Bezug auf ein Monitoring der dualen Karriere. Österreich berichtete dabei über sein Modell zur dualen Karriere junger Athlet:innen und erläuterte, dass diese Maßnahmen fortgeführt und ausgebaut werden, wie etwa durch das Gender-Traineeprogramm zur Förderung junger Frauen in den verschiedensten sportlichen Einsatzbereichen.
- Unter den sonstigen Informationspunkten informierte Portugal über Inhalte und Ergebnisse der Sitzungen des Exekutivausschusses und Stiftungsrats der Welt-Anti-Doping-Agentur (WADA) am 24. und 25. November 2021 in Paris. Der weitere Tagesordnungspunkt betreffend die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf den Sport wurde aus Zeitgründen nicht näher thematisiert, der slowenische Vorsitz verwies auf die zur Verfügung gestellte Power Point Präsentation für weitere

Informationen. In einem weiteren Punkt stellte die dänische Delegation im Namen Dänemarks, Finnlands, Schwedens, (Islands und Norwegens) eine Erklärung zum Thema „Transparenz und Demokratie in internationalen Sportverbänden“ vor. Unter anderem Österreich gab hierzu eine Wortmeldung ab und erklärte seine Unterstützung. Zuletzt präsentierte die französische Delegation ihr Arbeitsprogramm für den kommenden Vorsitz.

Wir stellen daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

7. Januar 2022

Karl Nehammer, MSc
Bundeskanzler

Mag. Werner Kogler
Vizekanzler

Univ.-Prof. Dr. Martin Polaschek
Bundesminister